

Ein Strauß aus Alt und Neu, aber vor allem aus teurem Beton. So liest sich die aktuelle Pressemitteilung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Die Pressemitteilung [REDACTED] vom 30. Juli 2025 liest sich wie eine Ode an die Beständigkeit. Wolfram Weimer spricht von „*Identität, Erinnerung und Innovation*“ und „*demokratische Erinnerung*“. Schön, diese Worte. Sie klingen nach Fundament, nach festem Grund. Und tatsächlich, ein Großteil der zusätzlichen Mittel fließt in genau diese Bereiche. Fast 5 Millionen Euro extra für die Gedenkstätten, 5 Millionen für ein neues Mahnmal. Und dann der „beachtliche Sprung“ im Bereich Kulturbauten, mit 25 Prozent der Mittel für Neubauten und Instandsetzung. Fast 22 Millionen Euro für die Freiheits- und Einheitsdenkmäler in Berlin und Leipzig, die Kulturfabrik Kampnagel und die Deutsche Schillergesellschaft.

Man könnte meinen, Weimer sei ein Architekt, der die kulturelle Landschaft Deutschlands mit Pinsel und Hammer neu gestaltet. Ein Schöpfer, der das Vergangene betoniert und das Neue in Stein meißeilt. „Kulturbauten-Offensive“ nennt er es selbst. Aber ist das wirklich ein notwendiger Impuls oder doch nur teurer Aktionismus? Die Kritik des Tiefgang-Artikels [REDACTED] vom 31. Mai 2025 trifft es da schon gut: Ist es angemessen, bei knappen Kassen auf solch elitäre Prestigeprojekte zu setzen, die womöglich die breite kulturelle Teilhabe vergessen lassen? Die Frage steht im Raum: Zementieren wir hier die Vergangenheit, statt die Zukunft zu gestalten?

Der große Spagat: Zwischen Bewahren und Aufbruch

Einerseits bekennt sich die Koalition vollmundig und schon recht auffällig zum Kulturstaat und zu den Bundeskulturförderfonds, stabilisiert diese mit 28 Millionen Euro und möchte die freie Szene stärken. Andererseits wird ein publizistischer Weimer als Staatsminister gesehen, der eher für konservative Werte und traditionelle Kunstformen steht. Hier offenbart sich eine gewissermaßen paradoxe Situation: Man fördert die freie Szene, doch die Handschrift des Staatsministers scheint die Angst vor dem allzu Experimentellen zu tragen. Ein Parallelismus der Kulturpolitik: Auf der einen Seite die freie, dezentrale Szene, auf der anderen die nationalen, institutionellen „Leuchttürme“.

Das ist das Weltbild, das hinter diesem Kulturbegriff steht: Kultur als staatliche Infrastruktur, als Erinnerungsort, als nationaler Stolz. Kultur, die repräsentiert, die erinnert, die stiftet. Der Mensch als kulturelles Wesen, ja, aber vor allem als Bürger*in eines Kulturstaates. Das ist

kein Kulturverständnis, das sich in Spontaneität, in der kleinteiligen, unkonventionellen Szene verliert. Nein, es ist ein Kulturbegriff, der klar strukturiert, groß gedacht und institutionell geerdet ist.

Auch lohnt sich immer ein Blick in die Reden von Kulturstaatsminister*innen, denn dort offenbart sich das kulturpolitische Herzblut. Wolfram Weimer hat schon in der Debatte zum Haushalt 2025 die Marschrichtung vorgegeben, die nun im Entwurf für 2026 sichtbar wird. Er betonte, *„Kulturförderung ist kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil unseres Selbstverständnisses als Kulturnation.“* Ein Satz, der wie eine Litanei gegen die Sparzwänge der Zeit klingt und das Fundament für die Milliarden legt. Und um die Prioritäten ganz klar zu machen, führte er weiter aus: *„Gerade in Zeiten wachsender internationaler und gesellschaftlicher Herausforderungen stärken wir das, was Orientierung gibt – kulturelle Orte, kreative Köpfe, demokratische Erinnerung.“* Ein feines rhetorisches Triple, das die Schwerpunkte wie Leuchttürme in den Nebel der Debatte stellt. Und siehe da, das Versprechen, das er in der Rede abgab, *„die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu reformieren und sie erfolgreich weiter zu bringen,“* findet sich 2026 mit satten 10 Millionen Euro im Haushalt wieder. Die Worte von gestern sind also die Taten von heute. Es ist ein kulturpolitisches Credo, das vor allem auf Beständigkeit und Institutionen setzt.

Ein Blick auf die Leinwand: Große Ambitionen für den Film

Doch es gibt auch Lichtblicke – oder wie man im Feuilleton sagen würde: dramatische Wendungen! Die Mittel für die Filmförderung werden fast verdoppelt. Eine Hyperbel, die fast zur Realität wird: 250 Millionen Euro für den Deutschen Filmförderfonds und den German Motion Picture Fund. Ein *„dringend notwendiger Neustart für den Filmstandort Deutschland“*, wie es in der Pressemitteilung heißt. Endlich, möchte man sagen. Ein Bereich, der schon lange um seine Existenz bangt, bekommt neue Hoffnung. Das ist der versprochene „Aufbruch“. Hier wird investiert, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Zukunft zu sichern. Das ist die Antithese zum statischen Bauen: Hier wird in die Kunst der Bewegung investiert. Der Haushaltsentwurf 2026 ist ein Meisterwerk der Wortfiguren: Mit einem budgetären Klimax, der von Gedenken über Bauten bis zur Filmförderung reicht, und der Paranomasie, die „Kulturnation“ und „Kulturbauten“ so harmonisch vereint. Doch dahinter verbirgt sich ein Kompromiss. Eine Schizophrenie zwischen dem Drang, zu bewahren und dem Willen, aufzubrechen. Es ist ein Entwurf, der Traditionen in Stein meißelt, gleichzeitig aber hofft, mit ein wenig mehr Geld die freie Szene zu besänftigen. Es ist ein Zeichen der Regierung, das

zwar mit 2,5 Milliarden Euro leuchtet, aber auch die kritische Frage aufwirft: Was genau soll hier gestärkt werden? Die Gedenkstätten und die großen Kultureinrichtungen oder die kreativen Köpfe, die tatsächlich für den Diskurs sorgen, der unsere Demokratie so dringend braucht? Die Antwort wird nicht der Haushalt geben, sondern die Kunst selbst: die Erweiterung der Deutschen Nationalbibliothek versus Regenbogenfahne am Bundestag. Und wir, als Beobachter*innen, dürfen gespannt zusehen, ob diese Milliarden am Ende zu einem fruchtbaren Boden für die Kultur werden – oder doch nur zu einem teuren Denkmal. Ist das der Kulturkampf gegen Rechtsaußen?!

